

Belarussisches Wahltheater

Die Situation drei Wochen vor den „Präsidentenwahlen“

Gespräche des Oppositionskandidaten Milinkiewitsch in Brüssel und Berlin

von

Stephan Raabe und Sigrid Schraml,

Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

20. Februar 2006

- ✓ **Ungleicher „Wahlkampf“, Wahlfälschungen sind zu erwarten**
- ✓ **Die Chancen für einen politischen Wandel sind gering**
- ✓ **Konstruktive Gespräche Milinkiewitschs in Brüssel und Berlin**
- ✓ **Gewachsenes Interesse an Belarus und politische Unterstützung der Opposition**
- ✓ **Eine abgestimmte politische Strategie in der Belaruspolitik tut Not**
- ✓ **Die Form der Unterstützung muss überprüft und flexibilisiert werden**
- ✓ **Der Demokratisierungsprozess in Belarus wird von langfristiger Natur sein**

Registrierung der Kandidaten

Vier Wochen vor den „Wahlen“, die vom 14. März – beginnend in Einrichtungen wie Krankenhäusern, Altenheimen, Militäreinrichtungen etc. – bis zum 19. März, dem eigentlichen Wahltag, stattfinden – ist in Belarus der Wahlkampf, soweit überhaupt möglich, im vollen Gange, auch wenn er offiziell noch gar nicht stattfinden soll. Erstes Etappenziel für die Bewerber war das Sammeln von mindestens 100.000 Unterschriften, die Voraussetzung für die offizielle Registrierung als Kandidat sind. Bis zum 27. Januar 2006 mussten die Initiativgruppen der potentiellen Kandidaten ihre Unterschriftenlisten bei der Zentralen Wahlkommission einreichen. Insgesamt fünf Kandidaten haben der Wahlkommission Unterschriftenlisten vorgelegt, vier davon haben die erforderlichen 100.000 Unterschriften erreicht. Der ehemalige Abgeordnete und General, **Valery Frolow**, ist hingegen mit 58.775 an der Meßlatte gescheitert. Die Wahlkommission gab nach Zählung Ende Januar folgende Ergebnisse bekannt:

- *Alexander Lukaschenko*, amtierender Präsident: 1 905 637
- *Alexander Milinkiewitsch*, Kandidat der Vereinigten Demokratischen Kräfte: 198 798
- *Alexander Kozulin*, ehm. Leiter der Belarussischen Staatsuniversität, Vorsitzender der Belarussischen Sozialdemokratischen Partei (Hramada): 158 014
- *Sergej Gaidukiewitsch*, Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei: 150 504

Erst nach der offiziellen Registrierung dürften die Kandidaten mit dem Wahlkampf beginnen. Verstöße gegen diese Ausschlussfrist können von der Wahlkommission geahndet werden; zwei Verwarnungen reichen aus, um ausgeschlossen zu werden. Milinkiewitsch wurde bereits einmal verwarnt. Ihm wurde vorgeworfen, bei der Unterschriftensammlung Wahlbroschüren verteilt zu haben, was bei der Werbung um demokratische Unterstützung eigentlich eine Selbstverständlichkeit und Grundvoraussetzung ist. Ungeachtet dieser Regelung läuft der Wahlkampf von Alexander Lukaschenko unbehelligt auf Hochtouren. Unterdessen wurde am vergangenen Freitag, 17. Februar mit knapp dreiwöchiger Verzögerung die offizielle Registrierung der vier Kandidaten durch die Wahlkommission bekannt geben, so dass noch drei Wochen für den eigentlichen Wahlkampf bleiben. Zuvor vereinzelt geäußerte Befürchtungen, Milinkiewitsch könnte ausgeschlossen werden, bestätigten sich nicht.

Konkurrenz für den Oppositionskandidaten Milinkiewitsch

Obwohl die „Vereinigten Demokratischen Kräfte“ im Herbst durch die Einigung auf den gemeinsamen Kandidaten Milinkiewitsch einen beachtlichen Erfolg verbuchen konnten, scherte z.B. der bekannte Oppositionelle **Kozulin** aus und entschied, ebenfalls anzutreten, was die Chancen der Opposition insgesamt schmälern dürfte. **Gaidukiewitsch**, der im Parlament vertreten ist, gilt als „gelenkter Demokrat“ und ist nicht der Opposition zuzuordnen. Drei weitere Bewerber - der Vorsitzende der Christlich-Konservativen Partei BNF **Pazniak**, der ehem. Vorsitzender des Republikrats der Nationalversammlung **Woitowich** und der inhaftierte Sergej **Skrebets** hatten sich hingegen bereits frühzeitig zurückgezogen - u.a. mit dem Verweis auf anhaltende Behinderungen seitens der Behörden während der Unterschriftensammlung.

Ungleicher Wahlkampf

In der Tat gibt es erneut einen sehr ungleichen Kampf zwischen Amtsinhaber Lukaschenko und den Oppositionskandidaten. Während Lukaschenko während der Arbeitszeit in Betrieben und Behörden für sich Unterschriften sammeln ließ, protestierte die Opposition mehrfach gegen Behinderungen. Durch die kurzfristige Vorverlegung des „Wahltermins“ von Juli auf

März hatte die Opposition kaum Zeit für die Vorbereitung der Kampagne; durch die späte Registrierungsentscheidung beträgt die offizielle Wahlkampfzeit nur drei Wochen.

Aus der Staatskasse erhalten alle registrierten Kandidaten 70 Millionen belarussische Rubel (ca. 25.000 €) an Wahlkampfmittel. Diese Summe reicht allerdings gerade aus, um 50.000 farbige DIN A3-Plakate und 450.000 DIN A4-Broschüren zu drucken. Die Verwendung von Eigenmitteln oder finanzielle Hilfe von anderer Seite sind untersagt. Aus dem Wahlkampfteam von Milinkiewitsch heißt es, dass eine Finanzierungslücke von gut 50 % bestehe.

Überraschend hat die Wahlkommission unterdessen bekannt gegeben, dass jeder der zugelassenen Kandidaten je eine Stunde Sendezeit im staatlichen Radio und Fernsehen erhält und die Wahlprogramme in staatlichen Zeitungen abgedruckt werden sollen. Der fast gänzlich fehlende Zugang zu den staatlichen Massenmedien war bisher eins der größten Handicaps der Opposition. Der EU-Außenminister-Rat hatte in seiner jüngsten Stellungnahme nach Milinkiewitschs Besuch in Brüssel die belarussischen Behörden dazu aufgefordert, allen Präsidentschaftskandidaten Zugang zu den staatlich kontrollierten Medien zu gewähren. Skepsis jedoch bleibt angesagt: die Spielregeln, wie die Sendezeit zu nutzen ist, werden erst noch bekannt gegeben. Bislang sind die „Wahlen“ kaum ein Thema in den staatlichen Medien. Auf dem Programm stehen allerdings ständige ausführliche Berichterstattungen über Lukaschenkos „gute Taten“ und diffamierende Berichte über die Opposition und die internationale Gemeinschaft, insbesondere die USA und die EU, hier besonders Polen.

Aktuelle Meinungsumfragen und Einschätzung der politischen Chancen

Unabhängige Meinungsumfragen sagen folgende Ergebnisse voraus (Januar 2006):

	Lukaschenko	Milinkiewitsch	Kozulin	Gaidukiewitsch
NISEPI *	54,8 %	18,1 %	9,7%	9,2%
Gallup Baltic Service **	54,6%	16,8%	2,9%	2,4%

* National Institute for Social, Economic and Political Studies / Manaev = offiziell verbotenes belaruss. Forschungsinstitut

** Gallup hatte in seine Studie noch die übrigen Kandidaten mit einbezogen – unentschieden: 17,6%

Den Vereinigten Demokratischen Kräften ist es durch ihre Arbeit gelungen, den Bekanntheitsgrad von Milinkiewitsch ganz erheblich zu steigern: von unter 30 % im September 2005 auf heute über 70 %; die Zustimmung stieg von knapp 2 % auf rund 18 %. Die Kandidatur von Kozulin und Gaidukiewitsch wird ihm jedoch Stimmen kosten. Auch meinen über 60 % der Befragten, dass das Land eigentlich gut geführt werde. Die Bevölkerung weiß, so wird gesagt, woran sie mit Lukaschenko dran ist; sie weiß nicht so recht, womit sie bei der Opposi-

tion zu rechnen hat. Für großes Veränderungspotential spricht dies nicht. Ungeachtet aller Umfragen, die einen klaren Sieg Lukaschenkos anzeigen, ist dennoch mit massiven Wahlfälschungen und in folge dessen mit dem bereits von Lukaschenko angesagten Wunschergebnis von über 70 % zu rechnen. Offensichtlich will der Diktator nichts anbrennen lassen und weiter nach dem stalinistischen System verfahren: Es ist nicht so wichtig, wer abstimmt; wichtig ist, wer zählt. Daraus könnte vielleicht ein gewisses Protestpotential erwachsen. Eine entscheidende Frage wird sein, wieweit das offizielle Wahlergebnis von dem vermutlich tatsächlichen, durch Umfragen ermittelten Ergebnis abweichen wird und ob dies dann der Anlass für eine größere Protestbewegung gegen Wahlfälschung sein wird. Geht eine größere Zahl von Menschen (10.000 +) auf die Straße, könnte eine Dynamik entstehen. Warum allerdings sollten die Menschen bei einem im Prinzip klaren Wahlergebnis in Scharen protestieren, „nur“ weil es noch etwas geschönt wurde, wie bereits in den vergangenen Wahlen üblich? Andererseits: auch in der Ukraine lag die Protestbereitschaft vor der „Orangen Revolution“ bei nur ca. 18 %; in Belarus soll sie derzeit bei 16 % liegen. Dennoch: soweit zu sehen, stehen die Zeichen nicht auf Wandel.

Offen ist, wie die autoritäre Staatsgewalt auf öffentliche Proteste reagieren würde. Gerüchten zufolge ist das Militär bereits vorbeugend in Alarmbereitschaft versetzt worden. Lukaschenko selbst hat vor einigen Tagen gedroht, jegliche „Destabilisierung“ des Landes zu unterbinden und Beteiligten „den Hals umzudrehen“. Botschaftsangehörige, die der Opposition Unterstützung gewährten, würden innerhalb von 24 Stunden des Landes verwiesen. Ein weiterer entscheidender Faktor für die Entwicklung nach dem 19. März wird sein, ob es den Vereinigten Demokratischen Kräften gelingt, ihre Einheit trotz einer Niederlage zu bewahren.

Milinkiewitsch zu Gesprächen in Brüssel

Eine vierköpfige Delegation der Vereinigten Demokratischen Kräfte unter Leitung von **Alexander Milinkiewitsch** hielt sich vom 29. Januar bis 1. Februar zu Gesprächen in Brüssel auf. Der Kandidat wurde begleitet von **Sergej Kalikakin** (oppositionelle Kommunistische Partei), Leiter des Wahlkampfstabes, **Anatol Lebedko** (Vereinigte Bürgerpartei), Vorsitzender des Nationalkomitees und der Programmkommission, und **Vincuk Viačorka** (Belarussische Volksfront), zuständig für internationale Beziehungen. In Kooperation hatten das Litauische Außenministerium, der polnische Europaabgeordnete Bogdan Klich (Bürgerplattform/EVP-ED) und die KAS ein hochrangiges Besuchsprogramm zusammengestellt. Die Belarussen trafen die gesamte politische Spitze der Europäischen Union:

Kommissionspräsident José M. **Barroso** empfing **Milinkiewitsch** ebenso wie Benita **Ferre-ro-Waldner**, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, und Javier **Solana**, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Des Weiteren kam es zu einem Treffen mit dem Außenministerrat (GAERC), der die aktuelle Situation in Belarus auf seiner Tagesordnung hatte. Im Europäischen Parlament sprach die belarussische Delegation u.a. mit dem Präsidenten Joseph **Borell** und den Fraktionsvorsitzenden Hans-Gert **Pöttering** (EVP-ED), Martin **Schultz** (PSE) und Graham **Watson** (Liberale) und dem Präsidium der **Parlamentsdelegation für die Beziehungen zu Belarus**. Milinkiewitsch trat sowohl im **Auswärtigen Ausschuss** als auch in der **Fraktionssitzung der EVP-ED-Fraktion** auf. Darüber hinaus kam es u.a. zu einem Treffen mit Abgeordneten der CDU (Nassauer, Gahler, Gomulka) und dem EVP-Vorsitzenden Winfried **Martens**. Gemeinsam mit dem German Marshall Fund hatte das Europa-Büro der KAS ein Lunch mit führenden NGO-Vertretern organisiert. Zusätzlich zur Pressekonferenz im Parlament gab Milinkiewitsch der **internationalen Presse** zahlreiche Interviews (AP, EU Observer, FAZ, polnische Korrespondenten, European Voice, Financial Times, Le Figaro, BBC Russian Service).

Die Delegation schilderte die aktuelle Lage in Belarus. Milinkiewitsch betonte, dass die Vereinigten Demokratischen Kräfte **keine Revolution** im Sinne des Wortes anstrebten, sondern lediglich freie faire Wahlen und eine Einordnung in das demokratische Europa. Sollten die Wahlen nicht internationalen Standards entsprechen, würden er und seine Anhänger auf die Straße gehen, um für die Würde und Rechte des belarussischen Volkes einzutreten. In dem Bewusstsein, dass Lukaschenko als Wahlsieger bereits feststehe, verdeutlichte Milinkiewitsch, der eigentliche Erfolg der Opposition bestünde im **Besiegen der Angst** der Menschen und in einer demokratischen Bewußtseinsveränderung. Er betonte, ein freies Belarus würde nicht russisch-feindlich, sondern Brücke zwischen Ost und West sein, transparente, partnerschaftliche Beziehungen mit Russland pflegen.

Die EU bat Milinkiewitsch um **flexible und konkrete Unterstützung für die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien**. Vor allem die Möglichkeit unabhängiger **Informationen** für die Bevölkerung (Radio, TV, Presse, Internet) sei von Nöten. In diesem Kontext begrüßte er ausdrücklich die zweite EU Broadcasting Initiative, für die ein Konsortium unter Führung der deutschen Media Consulta den Zuschlag erhalten hatte. Um vor allem jungen Belarussen Reisen in den Westen zu ermöglichen, warb Milinkiewitsch für **Visa-Erleichterungen**. Er sprach sich gegen Wirtschaftssanktionen aus, da diese die Bevölkerung treffen würden. Mit Blick auf die bevorstehenden so genannten „Wahlen“ betonte er, massive Präsenz westlicher **Wahlbeobachter** würde das Gefahrenpotential von Gewaltanwendung seitens des Regimes

erheblich senken. Zugleich sei es ein Zeichen für die belarussische Bevölkerung, dass Belarus in Europa entgegen aller Staatspropaganda willkommen sei und Aufmerksamkeit finde. Er riet zu einer engen **Kooperation von EU und USA** gegenüber Lukaschenko.

Die belarussische Delegation zeigte sich sehr erfreut über das konkrete Interesse der Gesprächspartner und die stark gestiegene Aufmerksamkeit für Belarus in Brüssel. Die Vertreter des EU-Parlaments versicherten der Delegation ihre volle Unterstützung. Prof. **Pöttering** versprach, sich für die Entsendung von Wahlbeobachtern des Parlaments einzusetzen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Elmar **Brok**, berichtete über Verhandlungen des Parlaments mit der Kommission über die Einführung wirksamerer Instrumente im Einsatz für die Demokratie.

Der **Rat der Außenminister** forderte:

- die ungehinderte Arbeit der OSZE/ODHIR Wahlbeobachter;
- die Registrierung aller Präsidentschaftskandidaten, einen fairen Wahlkampf und Zugang zu den staatlich kontrollierten Medien für alle Kandidaten;
- eine ungehinderte Presseberichterstattung über die Wahlen;
- die Umsetzung der Empfehlungen des OSZE/ODHIR-Berichts zu den Parlamentswahlen vom 17. Oktober 2004.

Ungewöhnlich deutlich drohten die Außenminister mit Maßnahmen gegen einzelne Personen im Falle von Wahlfälschungen. Gleichzeitig erneuerten sie das Angebot der EU zur Kooperation mit der belarussischen Regierung. Aufgrund der Komplexität des Themas traf der Rat keine Entscheidung in der Frage etwaiger Visa-Erleichterungen.

Besuch von Milinkiewitsch in Berlin

Am Donnerstag, 2. Februar hielt sich die Delegation auf Einladung der KAS in Berlin auf. Einem kurzen Treffen mit **Angela Merkel**, dem ein längeres Gespräch mit dem außenpolitischen Berater der Kanzlerin, Christoph **Heusgen**, vorausging, folgten Gespräche mit den Bundestagsabgeordneten Manfred **Grund** (CDU) und Markus **Meckel** (SPD) beim Mittagessen, ein dreiviertelstündiges Treffen mit Außenminister **Steinmeier** sowie ein vertiefendes Gespräch mit Ministerialdirektor **Schäfer** und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes. Am Vormittag traf Milinkiewitsch mit Vertretern der KAS zusammen, sprach auf einer internationalen Menschenrechtskonferenz der KAS und gab ein längeres Interview für die FAZ-Sonntagszeitung.

Auch in Berlin waren die Gespräche von **konstruktivem Wohlwollen** geprägt. Sie halfen, die Lage einzuschätzen und die Situation der Opposition zu verstehen. Im Wahlkampf mangelt es

ihr vor allem an Ressourcen für Druckerzeugnisse, für die Kampagne im weiten Land, am Zugang zu öffentlichen Medien, an Möglichkeiten des öffentlichen Auftretens. Sie hat mit unterschiedlichen Repressalien und Einschüchterungen zu kämpfen. Im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages wird ein Antrag zur Situation in Belarus vorbereitet.